

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegpreis: Durch unsern Boten bei uns monatlich 1.00 Mark. Bestellungen nehmen die Postämter und die Buchhandlungen entgegen. — Einzelne Nummern 10 Pfennig. — Fernsprechnummer 22. 24. Telegramm: Auergebirge.

Abgabeposten: Die Abgabeposten für Anzeigen aus Aue und Umgebung 10.00 Mark, aus dem Erzgebirge 20.00 Mark, Restliche 30.00 Mark. Bei größeren Abnahmen entsprechender Rabatt.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 257

Freitag, den 3. November 1922

17. Jahrgang

Sachsens Schicksalstag.

Am dem großen politischen Geschehen gemessen, in dessen Mittelpunkt wir mit all unsern nationalen Not und unserm wirtschaftlichen Niedergang stehen, erscheint eine Landtagswahl zunächst als ein politisches Ereignis von nur untergeordneter Bedeutung. An aufrichtigen und nachhaltigen Versuchen, unserem Volke in seinen schweren außen- und innenpolitischen Sorgen die Linderung und Abwendung einer Landtagswahl zu ersparen, hat es nicht gefehlt. Nach dem aber auf Seiten der Sozialdemokratie das Bestreben, den Staatsapparat in die Hand zu nehmen und damit eine Einheitsfront gegen das Bürgerium zu konstruieren, sich über die elementarsten verfassungsmäßigen Rücksichten und über die Grundgeden demokratischer Staatsauffassung hinwegsetzte, blieb kein anderer Weg als der Appell an das Volk. So ist die Wahl des 5. November für Sachsen ein Volksentscheid von schicksalsschwerer Verantwortung. Der wahre Volkswille kann an diesem Tage nur dann zum Ausdruck kommen, wenn sich jeder einzelne Wähler dieser Bedeutung der Wahl und seiner eigenen Pflicht bewußt ist. Mit dem Stimmzettel in der Hand bestimmt jeder Wähler nicht nur die Partei, durch die er im Landtag vertreten sein will, sondern er wählt gleichzeitig die Regierung des Landes und greift darüber hinaus in den Gang der Reichspolitik und in die Entscheidung der großen politischen Ideen- und Machtkämpfe ein, die unser Volk bewegen. Sachsen gehört zu den politischen und wirtschaftlichen Mittelpunkten des Reiches. Welche Regierung dieses Land hat, welche Vertreter diese Regierung in den Reichsrat entsendet, ist für die politische Struktur des Reiches und für die Beurteilung unserer innerpolitischen Zustände durch die Welt durchaus nicht ohne Bedeutung. In erster Linie wird sich das Ergebnis der Wahl natürlich im Staate Sachsen selbst auswirken.

Die Zustände, wie sie sich in Sachsen in Parlament und Regierung zuletzt herausgebildet hatten, waren dem Lande und dem Volke unwürdig. Eine schmerzlichere Illustration konnte es garnicht geben, als die letzte Sitzung des verflorenen Landtages, in der die Kommunisten, auf die sich die sozialistische Regierung solange als vertrauensgründenden Mehrheitsfaktor glaubte stützen zu dürfen, den Sozialdemokraten als Vorschlagsgegner zuriefen: „Ihre ganze Fraktion stinkt nach Alkohol“. Gewiß hat sich auch mancher sozialistischer Minister in diesem Augenblick die Frage vorgelegt, ob es notwendig war, die sächsische Regierung in einer solchen Abschiedsgesellschaft zu sehen. Wer den menschlich wertvollen Charakter und die politischen Qualitäten einzelner sozialistischer Minister kannte, dem tat es schon lange in der Seele weh, daß es die Regierung nicht fertig brachte, sich aus eigener Kraft von dieser widerwärtigen Umarmung zu befreien. Einzelne der sächsischen und charaktervollsten sozialistischen Minister gegen während dieses verfassungswidrigen Dauerzustandes für ihre Person die Konsequenzen und schieden aus, aber die sozialistischen Parteien des Landtages beugten sich noch wie vor unter das Joch einer sich außerhalb der Verfassung stellenden Partei, um ihre Macht im einseitigen sozialistischen Interesse auszunutzen.

Wird die nicht sozialistische Wählerschaft Sachsens am 5. November den Beweis erbringen, daß sie Wesen und Ziel des demokratischen Volksstaates erfährt hat? Bei der letzten Wahl ist sie diesen Beweis schuldig geblieben. Das Abweichen eines großen Teiles der Wählerschaft von den politischen Strömungen der Mitte, der sogenannten Rad nach rechts hat damals den Weg zur sozialistischen Alleinherrschaft frei gemacht. Die Schwächung dieses politischen Strömung entthronte die Sozialdemokratie der Notwendigkeit, in Regierung und Gesetzgebung mit der deutschen Demokratie als unentbehrlichem Faktor zu rechnen. „Wenn wir die Wahl haben, so ziehen wir das Bündnis mit ganz links vor“, diesen Grundgeden der Sozialdemokratie gegenüber gilt es dafür zu sorgen, daß sie diese Wahl nicht verliert, sondern daß die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse durch Stärkung der demokratischen Bestandteile des Landtages den gegenwärtigen Zwang zur Anlehnung an die deutsche Demokratie beugen. Diese Dinge liegen so klar und einfach auf der Hand, daß sie eigentlich das schärfste politische Erkenntnisvermögen erfassen müßte. Zwei Momente machen in dieser Erkenntnis schwer, sich durchzusetzen zur besterhenden politischen Tat.

Der deutsche Wähler ist noch immer geneigt, die politischen Notwendigkeiten stimmungsmäßig zu erfassen und nicht mit Wähler, nächsterher Bernunft. Hier liegt die eine große Gefahrenquelle für die Wahl des 5. November. Die an sich berechtigzte Verzögerung über die unbedenklichen Zustände im sächsischen Staatsbetrieb durch ein Teil der Wählerschaft auf die extremen Fälle zu verfallen, was die haben, die den heutigen Staat überhand nehmen. Die Wähler machen dabei nicht,

daß sie durch diese Staatsverneinung sich und die anderen der Möglichkeit berauben, diesen Staat, der doch nun einmal da ist, in seinem Aufbau zu einem für das ganze Volk wohnlichen Gebäude zu machen. Ein anderes kommt hinzu. Ueber das deutsche Volk ist seit dem unglücklichen Ausgange des Krieges so viel Schwebes hereingebrochen, und gerade die letzten Wochen haben eine so ungeheure Verstärkung des auf uns lastenden Druckes gebracht, daß viele mit fatalistischem Gleichmut die Dinge als unabänderlich hinnehmen, daß sie sich um politische Vorgänge überhaupt nicht mehr kümmern. „Mir ist alles gleichgültig, es gibt ja doch keinen Ausweg aus unserem Elend“, das ist bei vielen die verzweifelte Grundstimmung. Ihnen allen soll man mit Thomas Carlyle zurufen: „Stiß mit! Gewiß die Zeit ist schlecht. Der Mensch ist da, sie besser zu machen!“

In Sachsen kann weder eine einseitige Rechtsregierung noch eine sozialistische Alleinherrschaft das Ziel der staatlichen Entwicklung sein. Die breiten Schichten des Volkes werden sich dem Staate nur dann verbunden und sich zur Mitarbeit am Staatswohl innerlich und dann verpflichtet fühlen, wenn zwischen den Strömungen von rechts und von links eine tragfähige Brücke geschlagen wird, auf der Regierung und Parlament ihre ausgleichende, versöhnende, aufbauende Arbeit beginnen werden. Die Möglichkeit hierzu ist am 5. November allein gegeben durch eine Stärkung der demokratischen Mitte. Nur die Mitte allein kann das Kernstück einer gesunden staatlichen Entwicklung bilden. Keine Bernelnung und kein Beifertestehen, sondern bloß besterhende und aufbauende Tat kann die Schicksalsfrage, die das sächsische Volk am 5. November durch sich selbst zu entscheiden hat, lösen, die Frage: soll Sachsen sozialistischer Staat oder demokratischer Volksstaat werden?

Ansprache des Reichskanzlers an die internationalen Sachverständigen.

Der Reichskanzler empfing gestern vormittag die internationalen Sachverständigen, die inzwischen vollzählig in Berlin eingetroffen sind. Es waren erschienen die Herren Bissinger, Cassel, Brand, Rehn, Dubois und Jenks. Der Reichskanzler begrüßte die Herren mit einer Ansprache, in der er nach einleitenden Begründungsworten ausführte: Die Tatsache, daß alle Herren, an die wir eine Einladung richteten, zugesagt und bereitwillig ihre Dienste zur Verfügung gestellt haben, bestätigt uns, wie groß das Interesse an dieser Frage auch im Ausland ist, und daß die Frage der Stabilisierung der Währungen nicht nur eine spezielle Angelegenheit der von einem Währungsverfall betroffenen Länder, sondern eine gesamt europäische Angelegenheit, ja sogar eine Angelegenheit der Weltwirtschaft ist. Die Möglichkeit, die Mark zu stabilisieren ist natürlich auch bei uns hier in Deutschland von dazu berufenen Persönlichkeiten und Ministerien seit langem auf das eingehendste geprüft worden. Die eine Meinung über dies Problem ist die, daß ein Versuch der Stabilisierung der Mark verfrüht ist und keinen dauernden Erfolg gewährleisten, solange nicht zwei Voraussetzungen erfüllt sind oder ihre Erfüllung wenigstens in nahe Aussicht gerückt ist, nämlich Balancierung des Budgets und Balancierung der Zahlungsbilanz. Unglücklicherweise hängt aber die Erfüllung dieser beiden Voraussetzungen zu einem sehr großen Teil von der Stabilisierung der Mark selbst ab.

So gehen die Ursachen und Folgeerscheinungen ineinander über; und diese Situation führt die andere Meinung zu der Forderung, diesen circulus vitiosus zu durchbrechen und die Mark zunächst einmal auf irgend eine Basis festzulegen. In dieser ungelärten Situation hat die Reichsregierung das Bedürfnis gefühlt, zu hören, wie man dieses Problem vom Auslande aus ansieht und hat aus diesem Bedürfnis heraus an die Sachverständigen die Einladung gerichtet.

Die Konferenz von Genua und hier besonders das Sachverständigenkomitee hat sich mit dieser Frage schon eingehend beschäftigt und ein Gutachten hierüber erstattet, aus dem nur ein Satz in die Erinnerung zurückgerufen werden soll. Das Sachverständigenkomitee hat damals in seinem Gutachten gesagt: Wenn die äußere Schuldentlast eines Landes seine Zahlungsfähigkeit übersteigt, und wenn dies Land nicht durch äußere Anleihen Hilfe erhalten kann, so müssen die Anstrengungen, diese Verpflichtungen zu erfüllen, notwendig zur Folge haben, daß einmal die Vertriebe in den anderen Ländern gestört werden, und daß weiter die fortgesetzte Entwertung der Währung des Schuldnerlandes eintritt, die das Schuldnerland vollständig hindert, irgend einen Anlauf in der Richtung der Stabilisierung seiner Währung zu nehmen. Jetzt handelt es sich darum, und das ist die Mitte,

die an die Sachverständigen gerichtet wird, diese Frage besonders im Hinblick auf die deutsche Währung zu prüfen und uns ein Gutachten darüber abzugeben:

1. Ist unter den gegenwärtigen Umständen die Stabilisierung der Mark möglich?
2. wenn nein, welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, um die Stabilisierung zu ermöglichen?
3. welche Maßnahmen müssen zur Stabilisierung getroffen werden, sobald ihre Voraussetzungen vorliegen?

Das sind die Fragen, die die Reichsregierung beantwortet haben möchte. Die Sachverständigen haben völlige Freiheit, ihre Arbeiten und Beratungen ganz nach ihrem eigenen Ermessen einzuleiten und durchzuführen.

Der Dollar 5500.

Die Entwertung der Reichsmark ist am gestrigen Donnerstag weiter sprunghaft fortgeschritten. Nachdem der Dollar sich längere Zeit auf dem Stande, der zwischen 4300 und 4500 pendelte, gehalten hatte, schnellte er gestern in den Vormittagsstunden plötzlich auf 4800 empor und wurde bei der amtlichen Kurzfestsetzung mit 4985 notiert. Im Verlaufe des Nachmittags setzte sich die Steigerung weiter sprunghaft fort und erreichte in den Abendstunden mit 5500 ihren bisherigen Höchststand. Anlaß hierzu sollen zum Teil die gestern veröffentlichten Ausführungen des Reichsbankpräsidenten Haverstein, sowie Gerüchte über die recht wenig entgegenkommende Haltung der jetzt in Berlin versammelten Delegierten der Reparationskommission gegeben haben, wodurch namentlich der Markkurs in Neuhort erneut einem scharfen Druck unterlag. Dort notierte am letzten Mittwoch die Reichsmark 2 drei Viertel Cents und gestern, Donnerstag, 1 fünfzehn Sechshundert Cents. Ersterer Kurs ergibt einen Dollarkurs von 4210 und letzterer einen solchen von 5170. Bei dem gegenwärtigen Tiefstand der Mark genügt ein Rückgang von dem Bruchteil eines Cents, den Dollarkurs in Berlin um Hunderte von Mark in die Höhe schnellen zu lassen.

Vom Etat der Reichspost.

Zur Vorlage betreffend eine neue Erhöhung der Post-, Fernsprech- und Telegraphengebühren erklärte als Berichterstatter braunschweigischer Botschafter Boden gestern im Reichsrat: Trotz aller Erhöhung der Gebühren sehe sich die Postverwaltung wieder einem Defizit von 60 Milliarden infolge Erhöhung der Gehälter und Steigerung der sächsischen Ausgaben gegenüber. Er sagte, eine Sanierung könne bei der Reichspost nur herbeigeführt werden, durch eine Verminderung der Personalausgaben. Reichspostminister Sieberts wies darauf hin, daß die gefälligen Beschlüsse wegen Erhöhung der Beamtengebälter wieder katastrophal auf die Verkehrsverwaltungen wirkten. Die Sache wird ja kommen, sagte er, daß wir für das laufende Jahr ein Defizit von 50 Milliarden und für das nächste Jahr von 120-150 Milliarden haben werden. Errechnen läßt sich heute überhaupt nichts mehr. Im Fernsprechverkehr liegen heute mehr Anmeldungen als Abmeldungen vor. Der Briefverkehr geht dagegen ganz enorm zurück und nach dieser Erhöhung wird er noch mehr zurückgehen. Der Minister ersuchte die Vertreter der einzelnen Länder, schon jetzt ihre Regierungen auf wesentliche weitere Erhöhungen vorzubereiten. Die finanziellen Einrichtungen, insbesondere die Versicherungsorganisationen, ebenso die Behörden, werden ungeheuer belastet und es werden gewisse Kulturinteressen und Wissenschaften getroffen, die ohnehin einen schweren Kampf ums Dasein führen. Darum werden wir überlegen müssen, ob künftig die Forderungen der rein wirtschaftlichen Balancierung des Staates aufrecht zu erhalten sind oder nicht. Die Vorlage wurde unverändert angenommen, ebenso ein Besetzungsvorschlag, der das Gesetz zur Bekämpfung der Kapitalflucht teilweise verschärft, teilweise mildert. Die Verschärfungen entsprechen Forderungen der Reparationskommission. Die persönliche Mitnahme von Geld ins Ausland wurde auf den Betrag von 200 000 Mark erhöht.

Kleine politische Meldungen.

Einigung über die Beamtensoldung. Die am 1. November im Reichsfinanzministerium mit den Vertretern der Spitzenorganisationen über Beamtensoldungsfragen geführten Verhandlungen haben ihren Abschluß gefunden. Die Regierungsvorlage wird nach Zustimmung des Reichskabinetts sofort dem Reichsrat und dem Reichstag vorgelegt werden.

Ein neuer Kriegsschuldigen-Prozess. Die Liste der „Kriegsverbrecher“ glaubte man bereits in Vergessenheit geraten, umso mehr als die französische Regierung erklärt hatte, sie verzichte auf weitere Verhandlungen vor dem Reichsgericht.